

A N T R Ä G E

Fortsetzung
Gründungsparteitag
16. Dezember 2007
Straubing

ANTRÄGE

TAGESORDNUNG

Antrag TO 2 - 1

Antragsteller: Kreisverband Kaufbeuren-Ostallgäu

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Antrag zur Tagesordnung

Der Landesparteitag möge beschließen,
dass vor dem Tagesordnungspunkten Wahlen, soweit nicht vorgesehen, eine
Tagesordnungspunkt

Situation der Landeskasse, sowie Kreiskassen Bericht mit anschließender Aussprache“

eingefügt wird.

BEGRÜNDUNG

Über die Finanzsituation insbesondere in den Kreisverbänden gibt es eine
Menge Unmut und wenig Informationen. Der Landesvorstand soll hier
Gelegenheit haben zu berichten, dem Parteitag soll Gelegenheit für eine
Aussprache gegeben werden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRÄGE WAHLEN

ANTRAG W 2 - 1

Antragsteller: Winfried Schlüter – Kreisverband Würzburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

ABWAHL DER LANDESSPRECHERIN

Die Versammlung möge die Abwahl der Landessprecherin des Landesverbandes Die Linke Bayern, Eva Bulling-Schröter beschließen.

BEGRÜNDUNG

Der gesamte bayrische Landesverband der Partei Die Linke steht mit den Vorgängen im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre massiv in der öffentlichen Kritik. Die Chance die wir für einen glaubwürdigen Neubeginn auch in Bayern haben, wird von einigen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes leichtfertig, sogar parteischädigend aus machtpolitischen Interessen heraus, aufs Spiel gesetzt, sodass sich viele Menschen in diesem Land die Frage stellen, was unterscheidet uns eigentlich noch von den anderen etablierten Parteien.

Mitglieder des gegenwärtigen geschäftsführenden Vorstandes der Partei Die Linken waren auch im Zeitraum der praktizierten Spenden jahrelang im geschäftsführenden Landesvorstand der Linkspartei PDS und werden damit auch in Verbindung gebracht und auch belastet. Da helfen auch keine unqualifizierten Aussagen und Entschuldigungen in der Presse. Es glaubt uns keiner die Aussage. „Mein Name ist Hase, ich wohne im Wald – aber ich weiß von nichts.“ Diese Position hat auch Herrn Kanther von der CDU nicht geholfen.

Ungeachtet der weiteren juristischen Aufarbeitung und Bewertung dieser Vorwürfe, stellt die inzwischen bundesweit öffentlichkeitswirksame Diskussion eine zunehmend politische Belastung für die gesamte Partei dar. Die Glaubwürdigkeit der Partei steht nicht nur bei den Menschen dieses Landes in Frage, sondern auch zunehmend bei den Mitgliedern und den Sympathisanten der Partei.

Die Erklärung des Landesvorstandes, sich geschlossen hinter die Landessprecherin zu stellen, zeugt davon, dass man nicht bereit ist, einen glaubwürdigen und unbelasteten Neubeginn in der Partei zuzulassen. Damit wird eine historische Chance, die sich uns auch im bevorstehenden Kommunalwahlkampf bietet, leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Das ist politisch unverantwortlich. In den Kreisverbänden herrscht dazu noch zunehmend Unmut über die anmaßende Art und Weise des Umganges des Landesvorstandes mit der Parteibasis und den Mitgliedern der Kreisvorstände Deshalb sollte auch der komplette Landesvorstand die Konsequenzen tragen und den Weg frei machen für einen glaubwürdigen Neubeginn linker Politik in Bayern. Nur ein neu gewählter Vorstand mit unbelasteten Personen als Sprecher an der Spitze kann verlorenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück gewinnen, stärkt uns im Kommunalwahlkampf und zeigt den Menschen im Land, dass wir bereit und willens sind, einen echten Neubeginn zu starten

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG W 2 - 2

Antragsteller: Kreisverband Weiden

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

ABWAHL FLORIAN PAUL

Abwahl des Genossen Florian Paul aus dem geschäftsführenden Landesvorstand gemäß § 31 der Landessatzung in Verbindung mit § 33 der Bundessatzung

BEGRÜNDUNG

Florian Paul hat am 08.10.2007 ein mit dem Briefkopf des Landesvorstandes versehenes Schreiben an den Vorsitzenden des hiesigen Kreisverbandes sowie direkt an eine größere Anzahl von Mitgliedern des Kreisverbandes unter Umgehung des Vorstandes gerichtet, in dem er unter anderem folgendes ausführt (orthographische Fehler u.ä. wurden aus dem Originalschreiben übernommen - nicht jedoch die Hervorhebungen des Originals in Fettschrift):

"Auf einen Vorwurf- der m.E., sofern er zutrifft und keine Änderung herbeigeführt wird, unentschuldig ist - möchte ich jetzt eingehen, auch wenn es normal nicht meine Art ist, mich in die Angelegenheiten der Kreisverbände einzumischen.

Es geht um den Vorwurf, das Neumitglieder bei euch "rassistisches, diskriminierendes Gedankengut pflegen". Das ist ein Vorwurf, den auch der Landesvorstand nicht ungehört oder unbeantwortet stehen lassen kann, noch dazu wenn in kurze Listenaufstellungen zur Kommunalwahl anstehen. Nichts wäre desaströser und schädlicher, wenn Menschen mit solchen Einstellungen auf unseren Listen stehen würden oder in unserer Partei akzeptiert würden. Und hier liegt eine unheimlich große Verantwortung auch beim Kreisvorstand.

Nicht ohne Grund gibt bereits die Bundessatzung die Kompetenz der Mitgliederaufnahme in die Verantwortung des Kreisvorstandes. Eben auch um zu verhindern, das sich verkappte Nazis in die Partei mogeln. Solche Fälle gab es bereits und es ist auch die Aufgabe des Kreisvorstandes dafür Sorge zu tragen, das dies nicht passiert oder wenn es erst im Nachhinein festgestellt wird, umgehend und sofort für Abhilfe zu sorgen.

Gleichzeitig hat natürlich jedes einzelne Mitglied auch die Verantwortung, diesen Vorwurf nicht leichtfertig auszusprechen und der Kreisvorstand die Verpflichtung, damit nicht Politik zu machen oder gar missliebige Anwärter fern zu halten.

Ich und auch der Landesvorstand sind nicht die Schiedskommission, aber sofern die Vorwürfe zutreffen, wird die zuständige Schiedskommission zu eindeutigen Urteilen kommen, ich war schon einmal selber ein Jahr Mitglied der selbigen auf Landesebene und habe daher zumindest etwas Ahnung von der Arbeit."

Auf umgehende Nachfrage des Vorsitzenden des Kreisverbandes nach Namen, Handlungen, Orten und weiteren sachdienlichen Einzelheiten erhielt der Vorstand des Kreisverbandes keine sachliche Antwort von Florian Paul, mit der die angeblich einschlägig verdächtigen Neumitglieder ermittelt oder die Vorgänge hätten aufgeklärt werden können.

Auch eine weitere Nachfrage beim Landesvorstand erbrachte bis jetzt keine Aufklärung.

Das Vorstandsmitglied Florian Paul ist abzuwählen, weil er in gröbster Weise seine Verpflichtung zur Unterstützung des Kreisverbandes gemäß § 18 Abs. II lit. e) Landessatzung verletzt hat, indem er verantwortungslos und wichtigtuerisch Behauptungen schriftlich verbreitet hat, ohne sich selbst um deren Aufklärung zu bemühen oder gar den Vorstand des Kreisverbandes bei der Aufklärung zu unterstützen.

Der Vorstand des Kreisverbandes weiß bis jetzt immer noch nicht, um was es bei Florian Pauls Vorwürfen eigentlich konkret geht, die aus Florian Pauls Sicht aber angeblich so gravierend waren oder sind, daß er sich zur Abfassung seines Schreibens veranlasst sah.

Florian Paul behindert die Arbeit des Kreisvorstandes auch dadurch, daß er solche gravierenden Verdächtigungen unter Umgehung des Vorstandes schriftlich in rufschädigender Weise verbreitet, und damit den Kreisverband der

Gefahr der öffentlichen und politischen Rufschädigung aussetzt. Solche Vorfälle kann man an die Öffentlichkeit bringen, wenn sie aufgeklärt sind, aber nicht schon dann, wenn sie in erster Linie nur aus inhaltsleerem Geschwafel, Gerüchten und anonymen Denunziationen bestehen. Es ist angebracht, den Genossen Florian Paul aus dem wichtigen Amt des geschäftsführenden Landesvorstandes zu entfernen, bevor er sich noch mehr parteischädigende Blödheiten und Eskapaden zu schulden kommen lässt und den

Landesverband und andere Kreisverbände bei der wichtigen Wahlkampfarbeit behindert.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen

Abgelehnt

ANTRÄGE SATZUNG

Antrag S 2 - 1

Antragsteller: Kreisverband Donau-Ries

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

DELEGIERTENSCHLÜSSEL HALBJÄHRLICH

Die Delegiertenzahl eines Kreisverbandes wird im halbjährlichen Rhythmus mit Mitgliederstand 30.06. und 31.12. der zu den Stichtagen gemeldeten Mitgliederzahl angeglichen. Voraussetzung für die Delegierten Angleichung ist eine ordnungs- und termingerechte Wahl der Delegierten..

BEGRÜNDUNG

Gerade in der Gründungsphase unserer Partei ändert sich bei dem einen oder anderen Kreisverband die Mitgliederzahl rapide. Dieser Mitgliederzahl muss die Delegiertenzahl zeitnah angepasst werden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ALLGEMEINE ANTRÄGE

ANTRAG A 2 - 2

Antragsteller: Kreisverband Dachau-Fürstenfeldbruck

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

WEITERGABE KONTAKTDATEN

Der Landesparteitag möge beschließen, daß die Kontaktdaten (Vorname, Nachname, Post-Anschrift, Tel. und E-Mail-Adresse) sowohl der gewählten Kreisvorstände aller Kreise in Bayern als auch deren gewählter Landes- und Bundesdelegierten mit den Ersatzdelegierten für die Mitgliederdatenverwalter der Kreise und die Kreiskassiere im Intranet der Bundespartei - in dem die Mitgliederdaten geführt werden - sofort freigeschaltet werden und freigeschaltet bleiben.

BEGRÜNDUNG

Mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 3

Antragsteller: Henning Hintze u.a. (Kreisverband München)

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

„FLEXICURITY“ (GRÜNBUCH DER EU-KOMMISSION ZUM ARBEITSRECHT)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die im Grünbuch der EU-Kommission für ein neues Arbeitsrecht enthaltenen Vorstellungen sind besorgniserregend. Das in diesem Grünbuch enthaltene Konzept mit dem künstlichen Begriff Flexicurity – einer Kombination der beiden englischen Begriffe flexibility (Flexibilität) und security (Sicherheit) – ist einseitig von Interessen der Unternehmer und Aktionäre bestimmt. Falls es in politische Praxis umgesetzt würde, hätte es für große Teile der arbeitenden Bevölkerung eine massive Zunahme weiterer Unsicherheit am Arbeitsplatz zur Folge. Die von der EU-Kommission propagierte Idee zielt im wesentlichen darauf ab, die Arbeitsplatzsicherheit und den Kündigungsschutz abzubauen und die Zahl „nichtstandardisierter“ Arbeitsverhältnisse stark auszuweiten. Die EU-Kommission versucht der Bevölkerung diese einschneidende Verschlechterung dadurch zu versüßen, dass sie, zumindest ansatzweise, Sicherheit vorzugaukeln versucht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, verschiedene Einzelgewerkschaften sowie der Europäische Gewerkschaftsbund haben unmissverständliche Kritik an den angestrebten Änderungen des Arbeitsrechts in der EU geübt. In der Stellungnahme des EGB heißt es z.B.:

- „Der EGB kann sich dem im Grünbuch vorgestellten analytischen Ansatz in keiner Weise anschließen.“
- „Für den EGB ist die Annahme, dass das Konzept des unbefristeten Arbeitsvertrags überholt ist, vollkommen unannehmbar.“
- „Der EGB ist nicht damit einverstanden, dass zur Schaffung von Anreizen für einen solchen Übergangsmarkt eine ‚Flexibilisierung‘ des Arbeitsrechts angedacht wird.

Für die Linke kommt es darauf an, den Ambitionen der EU-Kommission, das Arbeitsrecht in Europa massiv zu verschlechtern, schon im Anfangsstadium entschieden entgegenzutreten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine schlecht informierte Öffentlichkeit ein weiteres Mal erst dann in Brüssel geschaffenen „Reformen“ zur Kenntnis nimmt, wenn sie politische Wirklichkeit sind. Wir rufen die Gliederungen unserer Partei auf, rechtzeitig über diese verhängnisvolle Pläne aufzuklären und ihnen nach Kräften entgegenzutreten.

Wir appellieren an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, verstärkt Informationsveranstaltungen und Seminare zu dieser Thematik anzubieten.

BEGRÜNDUNG

Mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 4

Antragsteller: DIE LINKE Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

GEFAHREN DURCH FORSCHUNGSREAKTOR GARCHING

Die Linke in Bayern fordert den Freistaat Bayern und die Technische Universität München auf, unverzüglich die Umrüstung des Forschungsreaktors in Garching (FRM-2) auf nicht atomwaffentauglichen Brennstoff in Angriff zu nehmen. Daß der Garchinger Reaktor 2004 überhaupt eine Betriebserlaubnis erhielt (von der damaligen rot-grünen Bundesregierung), war stand schon damals im Widerspruch zu internationalen Empfehlungen, die Möglichkeit der Weiterverbreitung von hochangereichertem Uran als atomwaffentauglichem Material auszuschalten. Auch die Brennstoffabfälle des neuen Reaktors in Garching haben noch einen so hohen Urangehalt, dass sie für die die Herstellung von Atomwaffen verwendbar sind. Deshalb war die Betriebserlaubnis schon damals unverantwortlich.

Das Bundesumweltministerium hatte die Betriebsgenehmigung des neuen Garchinger Reaktors unter der Auflage erteilt, dass er bis Ende 2010 auf nicht waffentauglichen Brennstoff umgerüstet werden muss. Die Technische Universität München ist als Betreiberin aber lediglich bereit, auf einen Brennstoff mit ca. 50prozentiger Urananreicherung umzusteigen, der noch immer als waffentauglich angesehen wird. In einer Reihe anderer Länder sind Forschungsreaktoren bereits auf schwach angereichertes Uran (LEU) als Brennstoff umgerüstet worden, das mit ca. 20 Prozent nicht waffentauglich ist.

Die in Garching geübte Praxis, radioaktive Abwässer in die Isar einzuleiten, halten wir als Linke für völlig unvertretbar. Wir fordern, dies umgehend zu stoppen.

BEGRÜNDUNG

Mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 5

Antragsteller: Helmut Lesch Lobmeier

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

INFLATIONSANPASSUNG EINKOMMEN

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Partei (DIE LINKE) sollte im Bundestag den Antrag stellen, dass die Einkommen eines jeden Lohnabhängigen jedes Jahr der Inflation angepasst werden.

BEGRÜNDUNG

Wegen des Inflationsverlustes fallen seit Jahren schon die Einkommen der Lohnabhängigen. Ich sehe für die Zukunft dies als den einzigen Weg, den Einkommensverlust zu stoppen

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 6

Antragsteller: Kreisverband Cham

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

GANZJÄHRIGE BEIBEHALTUNG DER MESZ

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine Zeitumstellung mehr, sondern Beibehaltung der mitteleuropäischen Sommerzeit (MESZ) das ganze Jahr über.

Der Landesverband Bayern soll dazu eine Initiative starten, diese Forderung öffentlich vertreten und sie gegenüber der Bundespartei und der Fraktion propagieren.

BEGRÜNDUNG

Die Zeitumstellung bringt energiepolitisch nichts, nach Aussagen einiger Wissenschaftler führt sie sogar zu einem erhöhten Energieverbrauch. Zweimal im Jahr setzt sie aber die gesamte Bevölkerung Europas einem Jetlag-Effekt aus, der den Biorhythmus jedes einzelnen Betroffenen deutlich und inzwischen medizinisch auch nachgewiesen stört. Kleinkinder, alte Leute, Krankenhauspatienten und Heiminsassen leiden darunter, aber auch Pflegepersonal, Schichtarbeiter, Landwirte und mit ihnen noch eine Vielzahl anderer Leute. Nicht zu vergessen die ca. 13 Mio. Rinder, 27 Mio. Schweine, 2,6 Mio. Schafe und ca. 1 Mrd. Stück Federvieh in der Landwirtschaft, von den in den Privathaushalten gehaltenen Hunden, Katzen und sonstigen Haustieren ganz zu schweigen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Berichterstattung über die Zeitumstellung immer kritischer wird, ist davon auszugehen, dass in absehbarer Zeit die Politik dieses Problem erkennen wird; von dem her ist es also mehr als wünschenswert, dass DIE LINKE als erste politische Partei offiziell ein Ende dieser unsinnigen Uhrenmanipulation fordert. Mit dieser Forderung wird jeder Bewohner der Bundesrepublik Deutschland angesprochen, gleich welcher Klasse oder Partei er angehört. Sogar eine nicht unerhebliche Zahl von der Politik frustrierter Nichtwähler ist mit dabei, reicht doch die Problematik Zeitumstellung jedem Einzelnen im wahrsten Sinne des Wortes bis unter die Bettdecke.

Da die Befürworter der Uhrumstellung nicht annähernd so leidenschaftlich in ihrem Standpunkt sind, wie diejenigen, die unter ihr leiden, ist davon auszugehen, dass mit dieser Forderung bei weitem mehr Leute gewonnen, als verärgert werden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 7

Antragsteller: Michael Goldberg (Kreisverband Kaufbeuren-Allgäu)

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

POSTFACH ANTRÄGE

Der Landesparteitag möge beschließen,

dass für zukünftige Parteitage ein Emailpostfach „Antragsberatungskommission“ zur Einreichung von Anträgen einzurichten ist.

Dieses Postfach soll so konfiguriert werden, dass eingehende Mails automatisch an alle Mitglieder der jeweiligen Antragsberatungskommission weitergeleitet werden

BEGRÜNDUNG

Das die Anträge zunächst an den Landessprecher gesandt werden und von dort manuell verteilt werden ist unpraktisch. Außerdem könnte diese Praxis falsch interpretiert werden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 2 - 8

Antragsteller: DIE LINKE Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

GRUNDSÄTZE KOMMUNALWAHL

„Grundsätze für Kandidatur und Zusammenarbeit“

Weil wir uns für ein demokratisches und soziales Gemeinwesen engagieren,

weil wir für eine lebenswerte, umwelt- und vor allem menschenfreundliche Kommune sind,

treten wir bei den Kommunalwahlen 2008 in möglichst vielen Städten, Kreisen und Gemeinden an.

Auch wenn durch den Einzug der Linken in die Parlamente nicht alle Probleme gelöst sind, werden wir dort für eine andere Politik stehen. Deshalb verpflichten wir uns zu folgenden Punkten:

* Wir werden keiner Privatisierung (Verkauf, Cross Border-Leasing-System, Private Partnership-Beteiligungen oder ähnliches) an öffentlichem Eigentum zustimmen. Wer öffentliches Eigentum verkauft oder es in Hände von Spekulanten legt, enteignet die Bevölkerung.

* Wir werden auf größtmögliche Transparenz (z.B. durch Offenlegung der geplanten oder bereits abgeschlossenen Verträge) und auf eine größtmögliche Bürgerbeteiligung orientieren.

* Wir werden entschieden gegen jeglichen Sozialabbau eintreten. Mit uns sind weitere Kürzungen weder bei Kindern und Jugendlichen noch in anderen sozialen Bereichen oder bei der Bildung zu machen.

* Wir werden im Stadtrat/Gemeinderat/Landkreis keiner Abwälzung der Lasten auf die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger durch Gebührenerhöhungen im Freizeit- und Kulturbereich oder im öffentlichen Nahverkehr zustimmen.

* Für uns als (die) Linke ist es selbstverständlich, gegen jede Art von Diskriminierung, gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit aufzutreten. Jeder Versuch von alten und neuen Nazis in der Öffentlichkeit noch stärker Fuß zu fassen, muss deshalb zurückgewiesen werden

* Wir werden alle Bezüge, die wir im Zusammenhang mit Stadtratsmandaten erhalten, offen legen und nur für die Arbeit im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler verwenden.

* Wir werden entsprechend unserem Programm handeln und unsere Mandate nutzen, um gemeinsam mit den Betroffenen öffentlichen Druck zu entwickeln - in und außerhalb der Parlamente! Dazu werden wir regelmäßig offene Versammlungen abhalten, in denen vergangene Parlamentsarbeit diskutiert und künftige geplant wird.

Diese Grundsätze dienen auch als Maßstab für Überlegungen, auf anderen Listen zu kandidieren oder mit anderen Listen Listenverbindungen einzugehen. Wir werden dabei die größtmögliche Glaubwürdigkeit wahren, d.h. nicht auf Listen kandidieren, die diesen Grundsätzen widersprechen und auch nicht auf Listen von Parteien und Gruppierungen kandidieren, die in Bund und Land mit ihrer Politik gegen diese Grundsätze verstoßen.

BEGRÜNDUNG

Mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 9

Antragsteller: Kreisverband Allgäu-Memmingen-Unterallgäu
Kreisverband Lindau-Westallgäu

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

RESOLUTION AGROGENTECHNIK

Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft!

DIE LINKE. Bayern hält die Agro-Gentechnik für eine Risikotechnologie, die nicht gebraucht wird. Der behauptete Nutzen ist kaum belegt oder steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu den ökologischen und gesundheitlichen Risiken transgener Pflanzen. Die schlechten Erfahrungen mit der Agro-Gentechnik beispielsweise in Indien oder Kanada müssen uns eine Warnung sein. Noch ist es möglich, Bayern weitestgehend frei von Agro-Gentechnik zu halten.

DIE LINKE. Bayern will den heimischen Markt für die bayerische Landwirtschaft erhalten. Bayern als gentechnikfreie Region wäre ein immenser Standortvorteil für unsere Bauern und Lebensmittelproduzenten. Denn die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Gentechnik bei Nahrungsmitteln ab. Das ist ein deutliches Votum, welches nicht ignoriert werden darf.

DIE LINKE. Bayern lehnt die Agro-Gentechnik und Patente auf Lebewesen als eine existentielle Bedrohung für unsere Landwirte, nicht nur im Bio-Bereich, ab. Die Agro-Gentechnik würde zu einer extremen Abhängigkeit unserer Bauern von den global agierenden Chemie- und Pharmakonzernen führen, für die nur ihr Profit und ihre Marktmacht im Vordergrund stehen. Denn horrenden Lizenzgebühren für das patentierte gentechnisch veränderte Saatgut werden nicht nur von den Bauern verlangt, die es absichtlich aussäten, sondern neuerdings auch von denen, deren Flächen damit gegen ihren Willen kontaminiert wurden. Von Chemie- und Pharmakonzernen wird inzwischen die Patentierung von Schweinegenen massiv forciert, was einen weiteren Schritt in Richtung globale Beherrschung des Ernährungssektors bedeutet. Das dürfen wir nicht zulassen.

Nicht zuletzt ist die Agro-Gentechnik keinesfalls mit einem positiven Image Bayerns als Urlaubs-, Erholungs- und Gesundheitsregion zu vereinbaren. Tourismus und Agro-Gentechnik passen nicht zusammen.

In vielen Regionen Bayerns fanden in den letzten Monaten Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Agro-Gentechnik statt. Die Bäuerinnen und Bauern, die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ganz klar gemacht, dass sie weder auf dem Acker noch auf dem Teller Gentechnik haben wollen. *DIE LINKE. Bayern* steht auf ihrer Seite und wird sich weiter für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Bayern einsetzen!

BEGRÜNDUNG

Mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 2 - 10

Antragsteller: Kreisverband Allgäu-Memmingen-Unterallgäu
Kreisverband Lindau-Westallgäu

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

VORLÄUFIG KEINEN LANDESGESCHÄFTSFÜHRER

Der Landesvorstand Bayern stellt bis nach der Landtagswahl 2008 keinen Landesgeschäftsführer ein.

BEGRÜNDUNG

Bei einem 20-köpfigen Landesvorstand muss es möglich sein, die Aufgaben so zu verteilen, dass sich ein Geschäftsführer erübrigt.

Es ist vollkommen klar, dass die weiterhin anzustrebende Beitragsaufteilung von 80% KV-Anteil und 20% LV-Anteil einen hauptamtlichen Landesgeschäftsführer nicht zulässt und auch nicht notwendig ist, wenn die gewählten Genossen ihrer Verpflichtung ernsthaft nachkommen. Auch auf Kreisebene werden die vielfältigen Aufgaben ehrenamtlich bewältigt.

Eine Kürzung des KV-Anteils zur Finanzierung eines Landesgeschäftsführers würde genau dort, wo Aktionen, Wahlkampf und Mitgliedergewinnung am nötigsten, bzw. am erfolgreichsten sind, vieles unmöglich machen.

Nach erfolgreichem Einzug in den bayerischen Landtag und einer dann besseren finanziellen Situation kann neu darüber beraten werden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

ANTRAG A 2 - 11

Antragsteller: DIE LINKE Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

DIE DONAU MUSS GESCHÜTZT WERDEN

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Beschluss des Bundestages von 2002 nicht durch die Hintertür aus zu hebeln, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen möglichst umweltschonend ohne Staustufen vorzunehmen.

Die Linke Bayern setzt sich mit all ihrer Kraft dafür ein, dass dieser Beschluss, an dem die Partei stark mitgewirkt hat nicht zwischen den Mühlen der großen Koalition zerrieben wird und damit das letzte Stück unverbauter Donau doch noch den Interessen der Betonlobby untergeordnet wird.

BEGRÜNDUNG

Wie nun durch ein Schreiben der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Karin Roth an den Verkehrsausschuss des Bundestages bekannt wurde, hat Verkehrsminister Tiefensee bereits im Juli bei der Europäischen Kommission auf Anregung der CSU-Bundestagsabgeordneten Renate Blank einen Förderantrag eingereicht, um neue und vor allem „variantenunabhängige“ Untersuchungen zum Ausbau in diesem Donauabschnitt durchführen lassen zu können.

Herrn Tiefensee und der CSU scheint der Wille des Bundestags vollkommen egal zu sein. Schließlich kam dieser damals aufgrund von zahllosen Anhörungen und Studien zu Stande. Wer jetzt wieder mit neuen Studien von vorn beginnen will, kann nur im Sinn haben, den geltenden Parlamentsbeschluss auszuhebeln. Der zerstörerische Staustufenbaubau soll offensichtlich doch noch durchgesetzt werden. Während sich Sozialdemokraten vor Ort gegen Staustufen aussprechen, schwenkt ihr SPD-Minister in Berlin auf CSU-Linie. Die parteiübergreifenden Bürgerinitiativen und die Umweltverbände werden sich jedoch mit Sicherheit erneut dagegen stellen. Diese werden wir aktiv unterstützen.

Die im Antrag enthaltenden Untersuchungen sollen nach dem Schreiben von Frau Roth drei Jahre in Anspruch nehmen und Kosten von zirka 33 Millionen Euro verursachen. Die Kommission solle diese Kosten zur Hälfte übernehmen. Mit den Ergebnissen der Studien wollten BUND und Bayern Voraussetzungen zur Beantragung eines Planfeststellungsverfahrens schaffen, so der Brief der Staatssekretärin.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 2 - 12

Antragsteller: DIE LINKE Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

BAYERN BRAUCHT KEINEN TRANSPAPID

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Mitglieder der Linken in Bayern beteiligen sich aktiv an den Protesten gegen den Transrapid und unterstützen als Teil des Bündnisses ein Bürgerbegehren gegen den Transrapid. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Projekt endlich zu streichen und die Gelder für soziale und ökologische Zwecke zu verwenden.

BEGRÜNDUNG

Die SPD-Landesgruppe Bayern hat in einer Stellungnahme vom 20.10.2006 an den Parlamentarischen Gesprächskreis Transrapid die wesentlichen Argumente gegen den geplanten Bau der Magnetschwebbahn in München zusammengefasst. Da sich die Argumentation mit der Haltung der LINKEN in dieser Frage deckt, sei sie nachfolgend in der Überzeugung dokumentiert, dass sich die SPD auf Bundesebene den schlüssigen Überlegungen ihrer bayerischen Genossen kaum entziehen kann:

„Grundsätzlich gilt: Der Transrapid ist ein Langstreckenverkehrsmittel, welches als Alternative zum Flugzeug und nicht als Zubringer zu selbigem konzipiert wurde.

1. Verkehrspolitische Behauptung:

Der Transrapid löst ein Verkehrsproblem.’

Eines der am häufigsten verwendeten Argumente der Transrapid-Befürworter lautet: Da der Flughafen München keine Anbindung an das Fernbahnnetz der DB besitzt, aber angesichts der großen Fluggastzahlen eine solche Verbindung zwingend erforderlich ist, schafft der Transrapid diesen fehlenden Fernbahnanschluss. Richtig ist lediglich, dass die fehlende Fernbahnanbindung ein Geburtsfehler des Flughafens ist.

Dazu folgendes: Bei den Passagieren des Flughafens München handelt es sich zu rund ein Drittel um reine Umsteiger zwischen zwei Flugzeugen, so genannte ‚Transfer-Passagiere‘. Das prognostizierte Wachstum des Fluggastaufkommens beschränkt sich aber auf die Zunahme des Transfer-Verkehrs, während der Originär-Verkehr kaum noch wachsen wird. Für rund zwei Drittel der Originär-Passagiere ist die Anreise bis München Hauptbahnhof mit Fern- oder Regionalzügen und somit auch die Benutzung des Transrapids alles andere als optimal, wenn der Beginn der Reise weiter als 10 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt ist, also z.B. in Niederbayern, Oberpfalz, Tirol oder Salzburg liegt und somit die Fahrt über den Münchner Hauptbahnhof ein unnötiger und zeitraubender Umweg wäre. Ein Ersatz für die fehlende Fernbahn-Anbindung ist der Transrapid mitnichten. Hierfür existiert außerdem ein weitaus kostengünstigeres Konzept einer besseren und schnelleren Anbindung des Flughafens durch eine Express-S-Bahn.

2. Industriepolitische Behauptung:

Der Transrapid hat enormes Exportpotential. Deshalb brauchen wir die Münchner Referenzstrecke.'

Der häufig propagierte ‚industriepolitische Nutzen‘ einer Transrapid-Strecke in München ist äußerst zweifelhaft. Nicht nur alle im Inland geplanten Transrapid-Strecken, sondern auch in Ausland angedachte Verbindungen wurden aus wirtschaftlichen Erwägungen bisher verworfen. Weiterhin ist die nicht vorhandene Bereitschaft der Industrie (Siemens und Thyssen-Krupp) in eine Münchner Referenzstrecke zu investieren ein Indiz dafür, dass die Exportchancen nicht von einer innerdeutschen Referenzstrecke abhängen. Außerdem gibt es sie bereits in China. Die Strecke in München ist nicht nur zu kurz, wodurch der Transrapid seine Höchstgeschwindigkeit kaum ausfahren kann, sondern auch weder besonders sandig noch hat sie ein starkes Gefälle, so dass die Vorzüge der Magnetbahntechnologie nicht in Erscheinung treten können.

2 Milliarden € Investitionskosten ohne Vorlage eines schlüssigen Finanzierungs-, Sicherheits- und Betriebskonzeptes sind unverantwortlich. Profunde Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen waren bisher noch für jedes vom Bund geförderte Verkehrsprojekt Voraussetzung. Der Bundesrechnungshof kam bereits im Jahr 2002 zu dem Ergebnis, dass der Kosten-Nutzen-Quotient unter 1 liegt, das Projekt somit nicht förderfähig ist. Bis jetzt ist keine Untersuchung bekannt, die zu einem anderen Ergebnis käme. Deshalb lehnen wir das Transrapid-Projekt in München weiterhin ab.“

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen

Abgelehnt

Antrag A 2 - 13

Antragsteller: DIE LINKE Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

KOSTENERSTATTUNG FÜR DIE KOMMUNEN FÜR DAS NICHT MEHR ERHOBENE BÜCHERGELD IM SCHULJAHR 2007/2008

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung und den Landtag auf, entweder das Gesetz zum Büchergeld bereits zum Schuljahr 2007/2008 aufzuheben oder ein Gesetz zur Finanzierung des Büchergeldes für das Schuljahr 2007/2008 einzubringen und damit den Kommunen die durch das nicht mehr erhobene Büchergeld entstandenen zusätzlichen Belastungen auszugleichen.

BEGRÜNDUNG

Seit Ludwigs Thomas "Münchner im Himmel" wissen wir, dass die bayerische Staatsregierung auf die göttliche Eingebung wartet.

Mit dem Regierungswechsel hat sie nun ihre Absicht erklärt hat, das unsoziale Büchergeld zum Schuljahr 2008/2008 wieder abzuschaffen. Den Kommunen hat sie es freigestellt, das Büchergeld für das Schuljahr 2007/2008 nicht mehr zu erheben.

Wenn nun die Kommunen auf die Erhebung des Büchergeldes verzichten, müssen sie nun für das zu erhebende Büchergeld für das Schuljahr 2007/2008 selbst aufkommen. Inzwischen haben viele Kommunen und Kreise beschlossen, das Büchergeld nicht mehr zu erheben und die entsprechenden Finanzmittel in Ihre Haushaltpläne eingeplant.

Das Gesetz zum Büchergeld war von Anfang an ein unsoziales Gesetz. Es war besonders für Eltern mit geringem oder niedrigem Einkommen eine erhebliche, zusätzliche Belastung und eine zusätzliche Benachteiligung Ihrer Kinder.

Den Kommunen nun den „schwarzen Peter“ zuzuschieben, in dem Ihnen die Kosten für das Büchergeld des laufenden Schuljahrs bleiben, ist nicht nur Zynismus pur, sondern auch der untaugliche Versuch von seinen eigenen Fehlern - besonders in der Bildungs- und Sozialpolitik - abzulenken. Seit vielen Jahren beklagen Bürgermeister aller Parteien, dass die bayerische Staatsregierung die Städte und Gemeinden aushungert. Ein Vergleich zu Baden-Württemberg zeigt dies recht deutlich.

Wenn nun eine „himmlische Eingebung“ bei der Führung der CSU zur Rücknahme dieses unsozialen Gesetzes geführt hat, dann sollte dieser „Eingebung“ auch mit allen Konsequenzen gefolgt werden. Die Führung der CSU wäre gut beraten, das Büchergeld bereits auch für das Schuljahr 2007/2008 abzuschaffen und/oder den Kommunen, den Ihnen entstandenen zusätzlichen finanziellen Aufwand unbürokratisch und unverzüglich noch im laufenden Schuljahr zu erstatten.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen

Abgelehnt